Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Herbstsession des Nationalrates:

Zolltarife: FDP setzt sich für die Unternehmen ein

Thürnen, 30. September 2025

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Diese Session war, wie seit langem nicht mehr, geprägt von Volksinitiativen. Gleich deren fünf standen auf der Traktandenliste. Dabei gab es zwei einmalige «Rekorde» zu vermelden. Einerseits konnte nämlich die VI «Ja zum Importverbot für tierquälerisch erzeugte Pelzprodukte (Pelzinitiative)» in nur 136 Minuten fertig beraten werden, d.h. die kürztes behandelte Initiative. Und andererseits meldeten sich bei der VI «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)» ganze 115 Einzelsprecherinnen und -sprecher zu Wort, das bedeutete rund 10 Stunden Debatte! Das war dann die längste Debatte seit langem.
Die FDP hat aber neben all den Geschäften auch die Zolltarife adressiert und Vorstösse vorangebracht, die helfen die Wirtschaft zu entlasten. Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen.
Neben den Volksinitiativen standen auch weitere wichtige Dossier auf dem Programm:

Angriff von Mitte-Links auf die Löhne abgewehrt – Nein zu höheren Steuern (24.073)
Der Nationalrat hat in der Herbstsession über die Finanzierung der 13. AHV-Rente debattiert. Hier konnten wir den Super-GAU verhindern: keine höhere Lohnbeiträge für alle Erwerbstätigen. Die Alternative der Mehrheit des Nationalrats ist jedoch eine befristete Erhöhung der Mehrwertsteuer. Damit wird die Bevölkerung trotzdem weiter belastet. Wir lehnen diesen Weg klar ab und sagen klar Nein zu höheren Steuern.
Die AHV braucht strukturelle Reformen, nicht stetig Erhöhungen der bestehenden Einnahmequellen, welche die Bevölkerung zusätzlich belasten. Unser Antrag für eine AHV-Schuldenbremse, welche strukturelle Massnahmen einführen und einen Kompromiss darstellen würde, scheiterte knapp. Mit der beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung drohen Haushalten Mehrkosten von bis zu 700 Franken pro Jahr. In der zwingenden Volksabstimmung werden wir alles dafür tun und uns gegen diese Belastung einsetzen.

Erfolg für das FDP-Projekt der zivilstandunabhängigen Altersvorsorge (24.078)
Der Nationalrat hat in der Herbstsession 2025 einem Projekt der FDP zugestimmt und den Raum für die Abschaffung des Ehepaarplafonds in der AHV geöffnet. Neu sollen auch verheiratete Paare die Möglichkeit für zwei volle AHV-Renten haben. Der Kompromiss ist, dass gleichzeitig ein Grossteil der bisherigen Sondervorteile für Ehepaare wegfallen. Damit wird ein erster Schritt

zu einer fairen und zeitgemässen Gleichbehandlung aller Lebensmodelle und einer zivilstandunabhängigen Altersvorsorge vollzogen.
Eine einseitige Aufhebung des Ehepaarplafonds, wie sie von der Mitte in ihrer Initiative gefordert wird, lehnen wir hingegen ab. Ein solcher Ausbau verursacht Mehrkosten von 3,8 Milliarden Franken pro Jahr und wälzt die Finanzierungslast auf Arbeitnehmende und Unternehmen ab. Nun liegt es am Ständerat, die Reform weiterzuführen und die Vorlage mit der Aufhebung der Beitragsbefreiungen konsequent weiterzuführen.

Die FDP stärkt das Gewerbe durch längere Kurzarbeitsentschädigung (25.441)
Das Parlament hat die Bezugsdauer der Kurzarbeitsentschädigung von 18 auf 24 Monate verlängert. Der Ständerat hat einstimmig und der Nationalrat mit einer überwiegenden Mehrheit diesem Unterfangen zugestimmt. Damit können insbesondere Tech-Firmen und deren Zulieferer in der aktuellen schwierigen Lage – schwächelnde Absatzmärkte in Europe und China sowie die US-Zölle – besser abgesichert werden.
Das ist meiner Meinung nach ein wichtiger Erfolg. Wir beweisen somit, dass wir vorausschauend, gezielt und schnell handeln können. Wir sorgen für Stabilität, schützen Arbeitsplätze und stärken den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Geldwäscherei den Kampf angesagt (24.046)
Die Schweiz will ihren Finanzplatz besser gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung schützen. Neu sollen Anwälte, Treuhänder und andere Berater strengere Sorgfaltspflichten einhalten, damit sie nicht ungewollt missbraucht werden. Gleichzeitig bleibt das Berufsgeheimnis gewahrt – etwa bei familienrechtlichen Angelegenheiten oder klassischer Rechtsberatung. Damit setzt die Schweiz internationale Standards um, ohne die Arbeit der Berater unnötig einzuschränken.
Die geplante Gesetzgebung verfolgt zwei zentrale Anliegen: Erstens soll die Offenlegungspflicht für juristische Personen gestärkt werden, damit die Behörden die wirtschaftlich Berechtigten rascher und verlässlicher feststellen können. Dazu ist die Schaffung eines eidgenössischen Registers vorgesehen (Entwurf 1). Zweitens sollen gewisse Beratungstätigkeiten neu dem Geldwäschereigesetz unterstellt werden, inklusive entsprechender Sorgfaltspflichten (Entwurf 2). Diese Anpassungen sollen nicht nur die Bekämpfung von Geldwäscherei wirksamer machen, sondern auch sicherstellen, dass die Schweiz die internationalen Vorgaben erfüllt. In der Diskussion zur Richtigkeitsvermutung konnte sich auf einen Kompromiss geeinigt werden: Während die Einträge ins Register deklaratorischen Charakter haben sollen, greift eine Sonderregelung zur Nutzung des Registers für Beraterinnen und Berater sowie für Finanzintermediäre, die sicherstellen soll, dass sich diese auf die Einträge verlassen können. Wir konnten zudem erreichen, dass Amtsnotariate (staatliche Notariate/Grundbuchämter) der Sorgfaltspflicht wie private Notare unterstellt werden.

Schlanke Lösungen gelten auch am Finanzplatz. Die Vorlage achtet darauf, dass Beraterinnen und Berater nicht pauschal überwacht werden. Besonders positiv ist, dass sich das Gesetz auf die tatsächlichen Kernrisiken konzentriert und keine unnötige Bürokratie erzeugt. In diesem Sinne hat sich die jahrelange Arbeit in meiner aktiven Zeit als Präsidentin der Treuhand Suisse in diesem Dossier gelohnt. Wir konnten in dieser Vorlage das Maximum für Beraterinnen und Berater herausholen.

An die Arbeit! Vier FDP-Vorstösse, um Jobs und Löhne zu schützen

Eine Thematik, die uns alle nicht kalt lässt ist die derzeitige Situation mit den USA. Die Zolldrohungen und auch die Aussagen des Präsidenten über Europa machen grosse Sorge. Es ist ein «Wake-up» Call, den wir derzeit erhalten. Wir müssen uns als Land, als Wirtschaft und als Gesellschaft darauf besinnen, dass wir in einer Zeit leben, in der wir nicht mehr davon ausgehen können, dass das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit einfach funktioniert. Immer mehr entsteht der Eindruck, dass das Recht des Stärkeren im Vordergrund steht. Als kleines Land sollten wir politisch deshalb sehr pragmatisch sein, uns auf unsere Tugenden und Stärken besinnen. Finanzpolitik muss haushälterisch sein, Wirtschafspolitik muss unsere Marktzugänge ermöglichen, die Sicherheitspolitik muss uns souverän halten, wir dürfen nicht erpressbar und abhängig sein. Als kleines Land brauchen wir verlässliche Partner, unzuverlässige müssen wir ersetzen.

Die FDP-Fraktion hat in der Herbstsession vier parlamentarische Vorstösse eingereicht, um Arbeitsplätze und Löhne in der Schweiz zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit des Werkplatzes zu stärken. Im Zentrum steht die Entlastung des Mittelstands sowie die Stärkung der KMU. Die Vorstösse (**25.3984**, **25.3985**, **25.3986**, **25.3988**) fordern:

- keine neuen Steuern für den Mittelstand,
- eine Optimierung der Subventionsüberprüfung zur Sicherung gesunder Bundesfinanzen,
- eine Überprüfung der Auswirkungen der OECD-Mindeststeuer auf die Standortattraktivität,
- sowie einen Stopp bei schädlichen Regulierungen.

Wir haben in der Herbstsession viel gearbeitet und uns auch mit dem schwierigen Umfeld, in dem sich die Unternehmungen zurzeit befinden, befasst. Es ist eine intensive aber auch interessante und spannende Arbeit, die mir immer noch und immer wieder viel Freude bereitet.

Nun wünsche ich Ihnen noch ein paar schöne, farbige Herbsttage und freue mich auf die nächste Berichterstattung.

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Daniela Schneeberger

daniela.schneeberger@parl.ch, www.danielaschneeberger.ch